

# Weg für Comeback des Stadttickets ist frei

Verwaltungsausschuss spricht sich für die Wiedereinführung zum 1. September 2025 aus – das letzte Wort hat der Esslinger Gemeinderat am 16. Dezember.

Von Alexander Maier

**ESSLINGEN.** Die Rückkehr des Stadttickets ist greifbar nahe: Bereits in den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2024 hatte sich viel Zustimmung im Gemeinderat abgezeichnet – nun wollen die Ratsmitglieder Nägel mit Köpfen machen. Nachdem der Verwaltungsausschuss grünes Licht zur Finanzierung des vergünstigten Tagestickets gegeben hat, kann im Gemeinderat am 16. Dezember die endgültige Entscheidung fallen. Etwas getrübt wird die Freude allerdings, weil das Comeback des Stadttickets erst im September 2025 vorgesehen ist. Begründet wird das mit der dann anstehenden allgemeinen Tarifierhöhung und dem Vorlauf, den der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) brauche.

Das subventionierte Tagesticket war im April 2019 eingeführt worden und hatte viel Zustimmung erfahren. Anfangs kostete der Einzelfahrschein drei Euro, nach einer Tarifierhöhung des VVS wurden daraus 3,50 Euro. Dafür konnten Fahrgäste einen Tag lang beliebig oft Busse und Bahnen im Esslinger Stadtgebiet nutzen. Doch unter dem Eindruck düsterer Finanzprognosen, die sich

„Jeder hat gesehen, dass der Wunsch nach der Wiedereinführung des Stadttickets weit verbreitet ist.“

Tim Hauser,  
CDU-Stadtrat

später allerdings deutlich relativierten, hat der Gemeinderat das Stadtticket im Frühjahr 2023 wieder abgeschafft. So richtig glücklich waren viele Kommunalpolitiker damit allerdings nicht. Linke und FÜR hatten sich stets gegen die Streichung ausgesprochen, die CDU hatte schon im August 2023 gefordert, nochmals „transparent zu diskutieren“. Zuletzt nahm das Thema Fahrt auf, doch die Finanzierung war umstritten und der entscheidende Schritt ließ auf sich warten. Schließlich beantragten CDU, Grüne, Freie Wähler und SPD in einem gemeinsamen Antrag zum Nachtragshaushalt, das Stadtticket „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ wieder einzuführen. Linke/FÜR und WIR/Sportplätze erhalten hatten ihrerseits aufs Tempo gedrückt. Die Fraktion von FDP und Volt fand das Stadtticket dagegen „nicht vernünftig“, Bedenken meldete auch die AfD an. Dennoch gab's eine klare Mehrheit für eine Wiedereinführung des Stadttickets „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“, der allerdings noch nicht fixiert worden war.

Im Verwaltungsausschuss kam es nun zum Schwur. Die Verwaltung unterstützte die Wiedereinführung des Stadttickets zum 1. September 2025 und hatte einen Finanzierungsvorschlag: Der subventionierte Fahrschein soll im ersten Jahr durch eingesparte Mietkosten wegen der verspäteten Fertigstellung der Zollbergrealschule finanziert werden. Von 2026 an soll der städtische Zuschuss für das Stadtticket dauerhaft im Haushalt verankert werden. Für das Restjahr 2025 kalkuliert die Stadt mit einem Zuschussbedarf von 255 000 Euro, in den Folgejahren geht man im Rathaus von jährlichen Subventionen von rund 760 000 Euro aus.



Im September 2025 sollen die Esslinger ihr Stadtticket zurückbekommen – für drei Euro wird es aber nicht mehr zu haben sein. Foto: Ines Rudel

Im Verwaltungsausschuss erklärte Tim Hauser (CDU) nun: „Jeder hat gesehen, dass der Wunsch nach der Wiedereinführung des Stadttickets in der Bevölkerung weit verbreitet ist. Wir freuen uns über jeden weiteren ÖPNV-Nutzer.“ Es gehe nicht wie beim Deutschlandticket um regelmäßige Nutzer – auch temporäre Busfahrten seien ein Gewinn. Carmen Tittel (Grüne) begrüßte es, dass die vier großen Ratsfraktionen am selben Strang gezogen hatten. Der Finanzierungsvorschlag der Verwaltung überzeuge auch deshalb, weil das Stadtticket nicht auf Kosten anderer Aufgaben finanziert werde.

Nicolas Fink (SPD) bekannte: „Die Abschaffung war ein Fehler. Es ist gut, dass wir das jetzt gemeinsam geregelt haben.“ Auch wenn das „etwas länger gedauert“ habe, sei

es ein gutes Signal, dieses Thema, das viele bewege, gemeinsam anzugehen. Annette Silberhorn-Hemming (Freie Wähler) fand es erfreulich, dass sich die Stadtverwaltung schließlich offen für eine Wiedereinführung des Stadttickets gezeigt habe. Ihre Befürchtung, dass es beim bisherigen Ticketpreis von 3,50 Euro wohl nicht bleiben werde, bestätigte Finanzbürgermeister Ingo Rust, der nach der nächsten Tarifierhöhung von 3,80 Euro für den Einzelfahrschein ausgeht.

Jörn Lingnau (FDP) mochte sich „von der Partystimmung nicht mitreißen lassen“: Er zweifelt am Sinn eines Stadttickets, befürchtet Finanzierungsprobleme bei schlechterer Finanzlage und sieht den Zuschuss anderswo besser angelegt – etwa bei günstigeren Kita-Gebühren. Martin Auerbach (Linke/

FÜR) hätte nichts gegen geringere Kita-Gebühren. Vor der Abschaffung des Stadttickets habe seine Fraktion stets gewarnt – zumal manche schon damals gewusst hätten, dass es um die städtischen Finanzen deutlich besser gestanden habe als zunächst betont.

Alexander Anderka (AfD) lehnte die Rückkehr zum Stadtticket entschieden ab. Der öffentliche Personennahverkehr werde schon stark subventioniert, die Stadt müsse genau überlegen, wofür sie ihre Finanzen nutze. „Was soll der Steuerzahler sonst noch zahlen?“, fragte Anderka. Hermann Beck (WIR/Sportplätze erhalten) nahm für sich in Anspruch, schon frühzeitig für die Wiedereinführung des Stadttickets geworben zu haben. „Durch zögerliches Verhalten der Verwaltung“ habe es länger als nötig gedauert.

## ► Kommentar

### Höchste Zeit für eine Korrektur

Die Rückkehr des Stadttickets kommt spät, aber sie ist gut und richtig.

Es gibt nicht viele Themen, die so heiß diskutiert wurden wie die Abschaffung des Stadttickets. Denn das vergünstigte Tagesticket wurde nach seiner Einführung 2019 zur Erfolgsgeschichte. Umso größer war die Enttäuschung, als der Gemeinderat das Stadtticket in einer Sparrunde 2023 kassierte. Und als sich später herausstellte, dass sich die Kassenlage nicht halb so dramatisch erwies wie vom Finanzbürgermeister vorhergesagt, schlug der anfängliche Frust bei vielen in schieren Ärger um. Stadträtinnen und Stadträte bekamen das zu spüren, als ihnen viele Bürger in seltener Deutlichkeit eine klare Fehlentscheidung vorwarfen.

Nun hat der Verwaltungsausschuss den Weg frei gemacht, damit der Gemeinderat die Wiedereinführung des Stadttickets demnächst endgültig beschließen kann. Bis zum Comeback wird es allerdings noch dauern.

Dass viele im Gemeinderat einräumen, die Abschaffung des Stadttickets sei ein fal-



Von Alexander Maier

sches Signal gewesen, ehrt sie. Und dass manche Ratsmitglieder zumindest hinter vorgehaltener Hand versichern, künftig gelassener auf Finanzprognosen zu reagieren, ist kein Fehler. Das ändert aber nichts daran, dass von der Erkenntnis bis zur Korrektur (allzu) viel Zeit vergangen ist. Gerade in einer Stadt, die den Individualverkehr reduzieren möchte und in der Parkgebühren aufgerufen werden, die alles andere als ein Beitrag zur Innenstadtbelebung sind, braucht es alternative Angebote – vom sozialen Aspekt ganz zu schweigen. Schaut man sich an, wem das Stadtticket nützt, mögen die Begründungen unterschiedlich sein: Viele werden ermuntert, ihren Wagen stehen zu lassen, auf den Bus umzusteigen und vielleicht häufiger in die Innenstadt zu kommen. Und weniger Begüterte werden entlastet. In Summe tut es der Stadt und vielen Menschen gut, dieses Angebot für einen attraktiven und günstigen Busverkehr wieder aufzulegen.

## Zurück zum Stadtticket

**AbSchaffung** Um die städtischen Finanzen zu entlasten, hat der Gemeinderat im November 2022 beschlossen, den Verkauf des Stadttickets mit Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023 einzustellen.

**Wiedereinführung** In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2024/2025 haben mehrere Fraktionen die Wiedereinführung des Stadttickets beantragt. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe konnte sich jedoch in zwei Beratungsrunden im Januar und April 2024 nicht auf einen gemeinsamen Finanzierungsvorschlag einigen. In den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2024/2025 haben CDU, Grüne, SPD und Freie Wähler mit einem interfraktionellen Antrag sowie Linke/FÜR und WIR/Sportplätze erhalten erneut beantragt, das Stadtticket wieder einzuführen. Im Oktober 2024 hat der Gemeinderat grundsätzlich grünes Licht gegeben. Im Verwaltungsausschuss wurde nun auch die Finanzierung klar gemacht.

**Finanzierung** Für September bis Dezember 2025 muss die Stadt rund 255 000 Euro zuschießen – finanziert wird dieser Betrag aus Mietkosten für die Zollbergrealschule, die erst später anfallen. In den folgenden Jahren rechnet man im Rathaus mit jährlichen Subventionen von rund 760 000 Euro. *adi*